

Russische Aggression gegen die Ukraine. Folgen für die Sicherheitslage aus polnischer Sicht

Marek Cichocki

Die russische Annexion der Krim und weitere militärische Schritte, unternommen von Putin gegen die Ukraine im Jahre 2014 und 2015, unter anderem die Errichtung der zwei separatistischen sogenannten Republiken von Donezk und Lugansk, waren keine große Überraschung für die polnische Politik oder die polnische öffentliche Meinung. Traditionell wird die russische Rolle für die europäische Sicherheitsarchitektur von den meisten Polen negativ bewertet.¹ Die Ereignisse von 2014/2015 wurden in Polen, anders als zum Beispiel in Deutschland, also als keine wesentliche Änderung der politischen Prämissen oder öffentlichen Perspektiven gegenüber Putins' Russland angesehen. Sie haben eher die vorher gemeldeten Diagnosen der Entwicklung in Russland und der Befürchtungen gegenüber deren Folgen bestätigt.² Diese Bestätigung hat zweifellos eine neue Dynamik in der polnischen Sicherheitspolitik und im strategischen Denken hervorgerufen, die zum Thema dieses Artikels geworden ist. Ihre Hintergründe und Folgen werden hier am Beispiel der Reformen der polnischen Streitkräfte, der Grundzüge der polnischen strategischen Kultur und der Perspektive und Bewertung in Polen der russischen Kriegspolitik insbesondere gegenüber den Nachbarn im postsowjetischen Raum zu erklären versucht.

I.

Was die Politik und die Öffentlichkeit in Polen nach der Annexion der Krim wesentlich verändert hat war eher das zunehmende Bewusstsein der

-
- 1 Laut den jährlichen Transatlantic Trends des German Marshall Funds(GMF), wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Polen vor allem die politische Führung der US und der EU, die zunehmende Rolle von Russland wird eindeutig als unerwünscht angesehen. Vgl. Transatlantic Trends, GMF 2014: <http://trends.gmfus.org/transatlantic-trends/> [22.8.2016].
 - 2 Marek Mienkiszak (ed.): Late Putin. The end of growth, the end of stability, Centre for Eastern Studies (OSW) Warsaw, 2015, 1–36.

sich dramatisch verschlechterten geopolitischen und sicherheitspolitischen Lage in Osteuropa und in der unmittelbaren Nachbarschaft Polens. Auf einmal verschwand die Illusion der die Polen in der letzten Dekade allmählich verfallen waren, dass sich Europa endgültig ewige Sicherheit und Wohlstand verschafft hat und damit der langen Schatten der eigenen Geschichte überwunden sei. Der Zerfall der politisch-staatlichen Organismen im Nahen Osten und der Krieg in der Ukraine setzen ohne Zweifel dem Vierteljahrhundert der relativen Sicherheit und Frieden in Europa ein Ende. Diese fundamentale Änderung der Sicherheitslage, die auch auf der gesamteuropäischen Ebene festgestellt wird (man braucht hier nur an die Schlussfolgerungen des Berichts über die europäische Verteidigung unter Leitung von Javier Solana vom Februar 2015 zu erinnern,³ die in einem krassen Gegensatz zu dem sprühenden Optimismus der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 stehen), hat offensichtlich sowohl in der politischen Stimmung in Polen als auch in der Verteidigungsstrategie der polnischen Regierungen ihren deutlichen Widerhall gefunden. Wenn in der Strategie der Nationalen Sicherheit der Republik Polen von 2007⁴ noch behauptet wird, Polen stehe vor keinen wesentlichen Sicherheitsgefahren angesichts der generell freundlichen strategischen Umgebung, so finden sich in der Strategie von 2014⁵ vollkommen andere Behauptungen. Die Strategie stellt fest, dass das Risiko regionaler Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft Polens existiert, die es in der militärischen und nichtmilitärischen Dimension betreffen und gefährden können. Zusätzlich werden in der Strategie die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland hervorgehoben als wichtigster Faktor für die Sicherheitslage Polens und der ganzen Region. Wobei der Aufbau und die Erweiterung der expansionistischen Position Russlands auf Kosten seines Nachbarn, wie es sich im der Fall der Ukraine und der Annexion der Krim zeigt, die Sicherheitslage in der ganzen Region wesentlich verschlechtert hat. So viel zur neuen Strategie.

Die Bewertung der neuen Gefahren in der letzten Strategie soll einerseits als unmittelbare Reaktion auf die Entwicklungen im Osten verstanden werden, andererseits stellt sie eine neue Etappe in dem gesamten Prozess der

3 More Union in European Defence. Report of a CEPS Task Force <https://www.ceps.eu/system/files/TFonEuropeanDefence.pdf>.

4 Strategia Bezpieczeństwa Narodowego Rzeczypospolitej Polskiej 2007. <http://www.msz.gov.pl/resource/7d18e04d-8f23-4128-84b9-4f426346a112>.

5 Strategia Bezpieczeństwa Narodowego Rzeczypospolitej Polskiej, 2014. <https://www.bbn.gov.pl/ftp/SBN%20RP.pdf>.

Entwicklung der Sicherheitspolitik Polens seit der Wende 1989 dar. Parallel zu der deutlichen Verschiebung der Anerkennung der strategischen Gefahren für die nationale Sicherheit wird auch die neue Dynamik in dem Prozess der Modernisierung der nationalen Streitkräfte deutlich zu beobachten sein. Für den Prozess ist der Beitritt in die NATO 1999 das fundamentale Moment. Es definiert die geopolitische Wende und neue Bedingungen für die polnischen Streitkräfte. Diese entwickeln sich erst von den typischen Invasionskräften des Warschauer Pakts über eine Verteidigungsarmee mit allgemeiner Wehrpflicht, bis in die Berufsarmee mit einer viel kleineren Zahl an Expeditionskräften und Spezialeinheiten in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts.⁶ Diese Wandlung der Streitkräfte Richtung Expeditionseinheiten war hauptsächlich die Folge der politisch-strategischen Entscheidung an der amerikanischen Irakintervention teilzunehmen, die der damalige Präsident Kwaśniewski 2003 getroffen hat.⁷ Die sogenannte Professionalisierung der Armee, also die Bildung der neuen Einheiten aus Berufssoldaten, erschien als die natürliche Folge der Lage, da die Militärbeteiligung Polens überwiegend außerhalb des eigenen Territoriums stattfand. 2008 wurde der wesentliche Schritt weitergegangen und die allgemeine Wehrpflicht der männlichen Bürger suspendiert, um den Weg zur vollständigen Professionalisierung der Armee und ihre deutliche Reduzierung weiter zu gehen. Dies entsprach vollkommen der in der Strategie von 2007 beinhalteten optimistischen Bewertung der Sicherheitslage Polens, es wurde aber auch innenpolitisch durch die liberale Idee des kleinen und bescheidenen Staates bestimmt.⁸ Die Entwicklung des polnischen Militärs kann auch als Teil einer damals in Europa weitverbreiteten Tendenz der Entmilitarisierung angesehen werden, die zusätzlich durch die Finanzkrise und zunehmende Haushaltsprobleme der EU Mitgliedsstaaten verstärkt wurde. In Polen stieß die Entscheidung über die sogenannte Professionalisierung auf heftige Kritik einerseits in Teilen der Gesellschaft, in denen die Armee in Polen traditionell hohes gesellschaftliches Vertrauen

-
- 6 Robert Czulba, Robert Łoś, Jacek Regina-Zacharski, *Nato Towards the Challenges of a Contemporary World 2013*, International Relations Research Institute, (Warsaw 2013), 114.
- 7 Maria Wągrowka, *Polish Participation in the Armed Intervention and Stabilisation Mission in Iraq*, Reports & Analyses, Center for International Relations 2004. Andrew Michta, *Modernizing the Polish Military*, in: *Poland: A New Power in Transatlantic Security*, (ed.) David H. Dunn, Marcin Zabowski, (Routledge: London 2003), 40–50.
- 8 R. Czulba, R. Łoś, J. Regina-Zacharski, (2013), 115–116.

genoss – sogar zur Zeiten der Volksrepublik, andererseits bei einigen Sicherheitsexperten, die auf die Verschlechterung der Sicherheitslage in Osteuropa infolge der russischen Aggression gegenüber Georgien hingewiesen haben.⁹ Die Ereignisse von 2013 und 2014 haben die Debatte in Polen über die Sicherheitslage in Mittel- und Osteuropa in eine ganz neue Richtung gelenkt und dementsprechend die Prämissen der weiteren Modernisierung der polnischen Streitkräfte geändert. Schon in dem sogenannten Weißbuch der Nationalen Sicherheit von 2013 wurden die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung wesentlich modifiziert und neben der territorialen Verteidigung der Ausbau des eigenen Raketenabwehrsystems als Hauptziel aufgestellt. Dies spiegelte die veränderte Sicherheitslage in der Umgebung Polens wider und war hauptsächlich durch die steigende territoriale Bedrohung von Russland bedingt. Im August 2013 hat Präsident Komorowski offiziell das Ende des Konzepts der Expeditionsarmee angekündigt und gleichzeitig die Zusage bestätigt, dass die Ausgaben für die Armee nicht unter 1,95 % des Haushalts fallen dürfen.

II.

Wo liegen genau die Befürchtungen Polens gegenüber den neuen Entwicklungen in Osteuropa? Was ist ihre Natur und ihre Begründung? Die Antwort darauf sollte zum Teil in der strategischen Kultur Polens gesucht werden. In der Bewertung der Gründe und Motive der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik, besonders in einer weiten historischen Perspektive, überwiegt oft die allgemeine Meinung von der Dominanz der idealistischen und historisch-ethischen Begründungen. Kurz, die polnische Einstellung zu den Problemen der Sicherheit wird oft als unrealistisch oder nicht realistisch genug angesehen. Tatsächlich war die ethische und idealistische Tradition in der Geschichte der polnischen Auslegung der internationalen Ordnung und Sicherheit oft dominierend, einschließlich der ältesten Tradition der Krakauer Akademie, vor allem von Paulus Vladimiri, aus dem 14. Jahrhundert.¹⁰ Die starke Opposition zwischen der realistischen und idealistischen

9 Marek A. Cichocki and Olaf Osica, "Consolidation or Disintegration? Security Policy Cooperation in the Baltic Sea Sub-Region", in: *Nowa Europa*, 2009 special issue.

10 Johannes Paul II, „Eine stets aktuelle Aufgabe: Zum Frieden erziehen“, Botschaft zum Weltfriedenstag, 1. Januar 2004: <http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/>

Sichtweise entspricht zum Teil einer Vorstellung von dem romantischen Polen, sie übersieht aber ein wichtiges Element, das konstitutiv ist für die Weise, wie die internationale Ordnung in der polnischen Politik verstanden wird, nämlich die Bedeutung und der Vorrang des Legalen vor der reinen Macht. Die internationale Ordnung soll daher ein Ergebnis der internationalen Rechtsordnung sein, die die politischen Mächte hüten sollten.¹¹

Historisch gesehen war der moderne polnische Staat in seiner politischen Tradition, also zwischen 1918 und 1939 und nach 1989, immer ein Befürworter von zwei Grundprinzipien der internationalen Ordnung, die nicht immer leicht zu vereinen sind: dem Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung einer Nation und dem Prinzip der Unantastbarkeit der territorialen Grenzen von Staaten und der vollen Anerkennung ihrer territorialen Integrität. Das positionierte die Außenpolitik Polens sowohl in der Zwischenkriegszeit (mit einer kleinen aber schamhaften Ausnahme von 1938, der Annektierung von Zaolzie)¹² als auch nach 1989 als Hüterin der internationalen Ordnung in Europa und immunisierte sie gegen eine territorial-revisionistische Versuchung. Dies ermöglichte unter anderem, dass Polen nach der großen Wende vom 1989 und 1990 ziemlich schnell und reibungslos sowohl die gewonnene Souveränität von Weißrussland und der Ukraine, wie auch die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Baltischen Staaten inklusive der Garantie der territorialen Integrität als wichtige Elemente der neuen Ordnung in Europa anerkannt und unterstützt hat.¹³ Man kann diese Position allgemein als politischen Idealismus definieren, der sich aber durch politisch anerkannte Rechtsnormen zu verwirklichen sucht.

Diese Einstellung nach 1989 korrespondiert teilweise mit der verbreiteten Überzeugung Anfang der 90er Jahre, die der britische Diplomat Robert Cooper in seinem Buch über Europa ausgedrückt hat: 1989 endete nicht nur der Kalte Krieg, nicht einmal nur der Zweite Weltkrieg; was da zu Ende kam, vielleicht nur in Europa, war ein Ordnungssystem gestützt auf drei

messages/peace/documents/hf_jp-ii_mes_20031216_xxxvii-world-day-for-peace.html [22.8.2016].

- 11 Andrzej Duda, Speech at 70th UN General Assembly, New York, 28 September 2015: <https://gadebate.un.org/70/poland> [22.8.2016].
- 12 Vgl. Marek Kornat, Ideas and Foundations of the Second Polish Republic Foreign Policy, Polish Institute of Diplomacy: <http://www.pid.gov.pl/en/history-diplomacy/papers/ideas-and-foundations-second-polish-republic-foreign-policy> [22.8.2016].
- 13 Vgl. Ilya Prizel, Warsaw's Ostpolitik: A New Encounter with Positivism, in: Polish Foreign Policy Reconsidered, ed. by Ilya Prizel and Andrew Michta (New York: St. Martin's Press 1995), 99–109.

Großmächte, auf die *balance of power* und die imperialen Politik.¹⁴ Der institutionalisierte Multilateralismus sollte also endgültig die Machtpolitik ersetzen. Diese neue Sicherheitsordnung, die nach dem Kalten Krieg entstanden ist und oft als postmodern bezeichnet wurde, setzte sowohl auf die fortschreitende Interdependenz der Staaten in den Integrationsrahmen der EU und NATO als auch auf die Kooperationsmechanismen mit Drittstaaten. In der neuen Ordnung gab es kein Interesse daran, die bestehenden Grenzen zu ändern und sie setzte die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität voraus. Mit der großen geopolitischen Wende von 1989–1990 wurde Polen in die neue Ordnung integriert und schloss sich ihr um der eigenen Sicherheit willen an als auch der Überzeugung, dass die Prinzipien der neuen Ordnung die Sicherheitslage in Europa, insbesondere in Osteuropa und in dem postsowjetischen Raum auf lange Sicht stabilisieren werde.

Aus dieser Sicht wird verständlicher warum die staatliche Anerkennung des Kosovo im Jahre 2008 gerade in Polen keine Begeisterung hervorgerufen hat. Zwar hat die polnische Regierung unter Donald Tusk Ende Februar 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo offiziell anerkannt, dies geschah aber nach den Kontroversen zwischen der Regierung und dem damaligen Präsidenten, der forderte, die Anerkennung sollte verschoben werden und es müssten mögliche Destabilisierungseffekte für den postsowjetischen Raum genauer bedacht werden.¹⁵ Letztlich hat sich die polnische Regierung damals dafür entschieden den Argumenten der USA und manchen westeuropäischen Staaten zu folgen, die die Souveränität des Kosovo auf Kosten des Territoriums von Serbien als ein Sonderfall und zugleich Notfall der internationalen Ordnung in Europa sehen wollten. Doch die Ereignisse der nächsten Monate während des russischen Angriffs auf Georgien haben eher gezeigt, dass man den Kosovo-Fall ganz anders interpretiert: nämlich als ein Zeichen und die Erlaubnis, dass man mit der territorialen Integrität der Nachbarn beliebig umgehen kann, entsprechend dem eigenen Machtinteresse. Der Kosovo wurde in Moskau als die Bestätigung verstanden, dass der Westen genauso handelt wie Russland in Ossetien, Abchasien oder Transnistrien.

14 Vgl. Robert Cooper, *The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century* (Atlantic Press: London 2003).

15 Vgl. Elsa Tulmets, *East Central European Foreign Policy Identity in Perspective*, (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2014), 160.

Bei genauer Betrachtung stellt sich die polnische Haltung zu der sich verändernden Sicherheitslage in Mittel- und Osteuropa nicht unbedingt so kohärent dar. Sie ist in Wirklichkeit eine Mischung der idealistischen Elemente – zu denen vor allem die Anerkennung vom Primat des Rechts in den internationalen Beziehungen und die besondere Hervorhebung des Rechts zur Selbstbestimmung gehören – mit starkem Einfluss des politischen Realismus.¹⁶ Beide müssen in die Analyse einbezogen werden, da sie für das polnische Strategiedenken mindestens seit zweihundert Jahren konstitutiv sind. Also ist die Rolle des internationalen Rechts und die Idee der Selbstbestimmung wie auch die Macht und ihre Ausbalancierung von Bedeutung. Einer der polnischen Wissenschaftler wird sogar behaupten: „Realism offers a better explanation of the evolution of the Polish security policy, claiming that states' foreign policy is determined by external factors, such as the changing power distribution in the international arena“, was er durch das besondere, existenzielle Verständnis der Souveränität in der polnischen politischen Kultur zu erklären versucht.¹⁷

Idealistische und realistische Elemente in der polnischen Haltung zur Sicherheitspolitik werfen die legitime Frage auf, inwieweit die polnische Reaktion auf die russische Politik der letzten Jahre, insbesondere nach der Annektion der Krim, der polnischen strategischen Kultur entspringt. Das Konzept der strategischen Kultur selbst scheint sowohl vielversprechend wie auch vieldeutig. Das idealistische Konzept der internationalen Beziehungen entstand im Wesentlichen nach dem Ende des II. Weltkrieges und wurde meist in den amerikanischen Wissenschaften der *international relations* entwickelt. Es versucht die strategischen Entscheidungen der politischen Akteure durch interne, an Kultur und Identität gebundene, also idealistische Faktoren zu erklären. Das bringt das Konzept oft, wenn auch nicht immer zu Recht, in Gegensatz zu dem materiell bedingten Realismus.¹⁸ Dementsprechend kann man die polnische Einstellung zur Außen- und Sicherheitspolitik prinzipiell als idealistisch interpretieren, was realpolitische

16 Vgl. Adam Bromke, *Poland's politics: idealism vs. realism*, (Cambridge: Harvard University Press 1967).

17 Jacek Czaputowicz, *Theoretical explanations of Poland's European security policy*, 19, European International Studies Association, 8th Pan-European Conference in International Relations, Warsaw 18–21 September 2013; *Sovereignty in Theories of European Integration and the Perspective of the Polish Constitutional Tribunal Yearbook of Polish European Studies*, 17/2014, 28.

18 Vgl. Michael Desch, *Culture clash: assessing the importance of ideas in security studies*, in: *International Security* 23 (1), (Cambridge: MIT-Press) 1998, 156.

Elemente wie die Machtkalkulation nicht ausschließt. Folgende Faktoren werden für diese Einstellung als bestimmend benannt: die pro-aktive Stellung zur Waffenanwendung besonders als Mittel der Unterstützung der Verbündeten, die bereits genannte Idee der Selbstbestimmung, die skeptische Bewertung der Effektivität der multilateralen Mechanismen und Institutionen, besonders der UNO, die einmalige geopolitische Ost-West Lage und ein starker Atlantizismus mit der primären Rolle der USA in der europäischen Sicherheitsordnung.¹⁹ Die oben genannten Elemente der polnischen strategischen Kultur sind heute bestimmend für die Bewertung der Sicherheitslage nach der Annexion der Krim und der weiteren militärischen Aktionen Russlands in der Ost-Ukraine.

III.

Die polnische Einstellung zur sicherheitspolitischen Problematik in Osteuropa lässt sich nicht nur durch historisch-kulturelle Aspekte erklären. Sie entspringt nicht nur der Perzeption sondern auch der Evidenz der Tatsachen, da sich die russischen Präferenzen in der Sicherheitspolitik gegenüber Europa wesentlich ändern. Die Annexion der Krim und die ihr folgende Militäraktion in Donezk und Lugansk von 2014 und 2015 führten zu einer Zäsur in der polnischen Perzeption der Sicherheitslage in seiner Umgebung, da die Ereignisse als das offene Bekenntnis des Kremls zu einer revisionistischen Politik gegenüber der territorialen Ordnung in Osteuropa mittels der Anwendung militärischer Gewalt interpretiert werden. Da aus zahlreichen Aussagen von Präsident Putin im Klartext herauskam, dass er auch mit der gesamteuropäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg nicht zufrieden ist,²⁰ hält man es in Polen für wahrscheinlich, dass die Ereignisse in der Ukraine nur eine Etappe des breiteren Destabilisierungskonzepts des Kremls gegenüber Europa sind, wo die Zerstörung der territorialen Integrität anderer Staaten zum Mittel dieser Politik gemacht wird. Als weitere mögliche Gebiete solcher Destabilisierungspolitik sieht man die Baltischen Staaten, Moldawien, Weißrussland, möglicherweise sogar Nordost Polen, aber auch den Westbalkan sowie Georgien und außerhalb Europas

19 Vgl. Laura Chappel, German, Poland and the common security and defence policy, (Basingstoke: Palgrave Macmillan 2012), 40–42.

20 Analysis by Andrew Osborn: Vladimir Putin's Poland war speech will go down a storm in Russia, The Telegraph, 2.09.2009.

zum Beispiel Kasachstan. Insgesamt ist die Politik des Kremls nach 2013 offensichtlich revisionistisch gegenüber der bestehenden territorialen Ordnung geworden. Ideologisch ist sie zunehmend antiwestlich und im Inneren stützt sie sich auf eine nationalistische großrussische Ideologie.²¹

Der Fall der Ukraine zeigt besonders im Vergleich zu dem früheren Fall Georgien 2008²² wie weit Russland jetzt seine Destabilisierungspolitik konzeptionell weiterentwickelt hat und was es zusammen mit der umfangreichen Modernisierung von Teilen der Streitkräfte (Kommunikation, Logistik, strategische- und Luftwaffe) höchst effizient gemacht hat. Hier sollte man ein besonderes Augenmerk auf die Konzeption der sogenannten Kriegsführung der neuen Generation und die Idee der zerfallenen Staaten lenken. Die Ukraine ist ein Feld, auf dem Russland im vollen Masse die neue Methoden der Kriegsführung, als asymmetrischer Krieg oder hybridere Krieg bezeichnet, erfolgreich ausprobiert hat. Das Konzept wurde unter anderem von dem General Valery Gerasimov erarbeitet und konzentriert sich hauptsächlich auf die Sun Tzu's Idee, die Verteidigungskräfte des Feindes zu brechen ohne ihn militärisch direkt anzugreifen. Die neue Strategie ist in der Praxis, so wie man sie gegen Ukraine angewandt sehen konnte, eine Mischung aus Spezialkräften, psychologischem Krieg, Destabilisierung, Desinformation, Propaganda, Cyberkrieg und Einschüchterung.²³ Wenn sie zusammen verwendet wird mit der Drohung der realen Anwendung konventioneller und strategischer Kräfte im Hintergrund, wird sie zu einem gewaltigen Instrument der Erpressung, Destabilisierung, Beeinflussung und Änderung der internationalen Verhältnissen in der eigenen Umgebung. Sie ist auch durch Operationen gekennzeichnet, auf die schwer mit konventionellen Mitteln der Verteidigung reagiert werden kann und die oft unterhalb den normalen Verteidigungsmechanismen auch der NATO stattfinden. Kurz, die Grenze zwischen dem Krieg und dem Normalzustand, der in einen permanenten Bedrohungszustand verwandelt wird, wird hier aufgehoben. Um dies zu erreichen, versucht man

21 Vgl. Andrew Wilson, *Ukraine Crisis. What It Means for The West*, (New Haven: Yale University Press 2014), 184–204.

22 Vgl. Ronald D. Asmus, *A Little War that Shook the World: Georgia, Russia, and the Future of the West*, (New York 2010).

23 Vgl. z.B. Robert M. Gates, *Quadrennial Defence Review Report* (Washington, DC: Dept. of Defence, 2010); Valery Gerasimov, *Ценность науки в предвидении*, *Военно-Промышленный Курьер*, 27.02.2013; Kennan Cable, *A closer look at Russia's 'Hybrid War'*, *Wilson Center*, 7/ April 2015.

alle möglichen Mittel zur Waffe umzugestalten, nicht nur die Ökonomie, sondern auch Kultur, Information und sogar Migration.²⁴

Eine besondere Bedeutung in dem Kontext der russischen Destabilisierungspolitik hat die Debatte über die fragile Staatlichkeit und die Rolle der sogenannten „zerfallenen Staaten“ als Ursache der Konflikte und der Unsicherheit. Es gibt zwar keine umfassende Definition der fragilen Staatlichkeit, doch ursprünglich wurde der Begriff hauptsächlich für die Bezeichnung von Gebieten außerhalb Europas mit dem dort entstandenen Sicherheitsvakuum gebraucht und mit der Staats- oder Nationenbildung als Gegenmittel zusammengestellt.²⁵ Mit dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien wurde die fragile Staatlichkeit auch nach Europa importiert und letztlich infolge der Eurokrise sogar für manche Staaten der Eurozone verwendet. Dank dieses Begriffsmissbrauchs wird die Bezeichnung jetzt von Russland als Legitimierung für seine Destabilisierungspolitik gegenüber der Ukraine oder auch anderen postsowjetischen Nachbarstaaten (z. B. Kasachstan) gebraucht, oft mit Berufung auf die westliche Politik, z. B. im Fall des Kosovo oder Libyen.

Wesentlich für das Verständnis der polnischen Reaktionen auf die neue Sicherheitslage in Osteuropa nach 2013 bleibt also, dass sie nicht nur in den gegenseitigen Perzeptionen gründen, sondern aus der Überzeugung schöpfen, dass man es in der Region mit einem Versuch realer Machtverschiebung zu tun hat.

Die kritische Haltung zur russischen Sicherheitspolitik gegenüber Europa bleibt konstant und von den Ereignissen seit 2013 in Osteuropa bestätigt. Sie haben die polnischen Perspektive auf Sicherheit nicht geändert wie das z. B. der Fall von Deutschland wahrscheinlich ist, sondern dazu beigetragen, die Taktik und die politischen Präferenzen angesichts der sich verschlechterten Sicherheitslage zu modifizieren. In der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich die polnische Politik darauf, die Gefahr einer neuen Pufferzone für Polen zu bannen und das Land an die westlichen Strukturen zu binden. Die erste Dekade des neuen Jahrhunderts ist durch die Akkommodationsversuche an die neue Ordnung nach dem

24 Vgl. Maxim Trudolyubov, Russia's Hybrid War, The New York Times, 24.02.2016.

25 Vgl. Robert Rotberg, When States fail. Causes and consequences. Princeton University Press 2004.

Kalten Krieg bedingt, wo Polen mit der Ausnahme der Energiepolitik die wesentlichen Züge der westlichen Entspannung- und Annäherungspolitik gegenüber Russland zu akzeptieren versuchte. Jetzt aber werden die Ereignisse um die Ukraine in Warschau als Bruch Russlands mit den Regeln der Entspannung und Kooperation mit Europa interpretiert, der eine ganz neue Epoche der europäischen Sicherheitspolitik öffnet. Sie erfordert andere Mittel und politische Formen, wie mehr Verteidigungskohärenz innerhalb der NATO und mehr Verteidigungskapazitäten des ganzen Bündnisses sowie der einzelnen Staaten – nach dem Motto, dass nur die Stärke den Frieden bringt.

